

WO WIR HERKOMMEN

In diesem Jahr jährt sich die Deutsche Einheit zum dreißigsten Mal: Ein Grund zum Feiern!

Die Ausgangsbedingungen 1990 in der Bundesrepublik und der DDR waren aufgrund der deutschen Teilung höchst unterschiedlich: Während die Menschen in Westdeutschland das Glück hatten, nach dem Krieg Demokratie und Wirtschaft mit Grundgesetz und der Unterstützung des Marshallplans erfolgreich aufbauen zu können und Wohlstand zu schaffen, musste der östliche Teil des Landes erhebliche Kriegsreparationen leisten. Seine Bürgerinnen und Bürger lebten und arbeiteten in einer kommunistischen Diktatur verbunden mit einem ineffizienteren Wirtschaftssystem. Viele verließen die DDR vor dem Mauerbau. Der Weg zur Deutschen Einheit schien lange verbaut und viele Deutsche in Ost und West hatten den Glauben daran verloren. Mit dem von Willy Brandt und Egon Bahr eingeleiteten Weg einer neuen Ostpolitik des „Wandels durch Annäherung“ bekam die Mauer erste Risse.

Die friedliche Revolution von 1989 war dann Teil eines Aufbruchs für Demokratie und Menschenrechte in ganz Osteuropa. Die Zeit der friedlichen Revolution in der DDR ist die größte Sternstunde der Demokratie auf deutschen Boden. Mutige Menschen in der DDR brachten die Mauer zum Einsturz. Zu dieser mutigen Bürgerbewegung gehörte auch eine mutige Umweltbewegung, die auf massive Umweltbelastungen wie schmutzige Flüsse, Rauch in der Luft oder Krankheiten bei Kindern hingewiesen hat. Ihr verdanken wir die schnelle Errichtung von Nationalparks und Biosphärenreservaten nach der Deutschen Einheit. Mit der Gründung der SDP im Oktober 1989 haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unseren Anteil am friedlichen Wandel. Darauf sind wir stolz! Erst am Runden Tisch, dann in vielen Kommunen, in der ersten frei gewählten Regierung der DDR und der Volkskammer haben wir von Beginn an Verantwortung übernommen und den Weg zur Deutschen Einheit mitgestaltet.

Mit der friedlichen Revolution begann ein radikaler gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbruch der die gesamte Lebenswelt betraf. Die meisten Bürgerinnen und Bürger nutzten trotz mancher Härten und Enttäuschungen ihre Chancen und Freiheiten, einige aber zerbrachen daran, andere kamen in dem neuen Staat nie richtig an. Sie alle waren Teil des Umbruchs. Sie brachten ihre Erfahrungen und Fähigkeiten, ihre Werte und ihre Vorstellungen mit in diese neue Bundesrepublik ein.

Die Erfolge und Impulse der Deutschen Einheit zeigen sich heute nicht nur in der deutlich verbesserten Infrastruktur und den Angeboten frühkindlicher Bildung in der Kindertagesbetreuung, sondern auch in gesellschaftlichen Debatten um § 218 StGB und der immer gleichberechtigteren Teilhabe von Frauen in Arbeitswelt, in Politik und Gesellschaft. Ostdeutschland ist heute Vorreiter bei der Umsetzung von Paritätsgesetzen, um mehr Frauen in die Parlamente zu bringen.

Vieles wurde schnell erreicht: Freie Wahlen, Meinungs- und Reisefreiheit, Versammlungs- und Pressefreiheit, die Freiheit von Kunst und Kultur, die Entideologisierung der Bildungspolitik und einiges mehr. Es gab jedoch auch schwere wirtschaftliche Einbrüche und den Verlust von sozialer Sicherheit. Der Osten war jahrzehntelang von Massenarbeitslosigkeit und einer Abwanderung "in den Westen" geprägt. Diese Abwanderungen und der radikale Geburtenrückgang in den 90er Jahren führten zu einer historisch einmaligen demographischen Situation: Nirgendwo auf der Welt ist das Verhältnis von jungen zu alten Menschen so ungünstig wie in Ostdeutschland.

Die Folgen wie auch die Erfahrungen der Transformation und der demographischen Veränderungen der letzten 30 Jahre prägen bis heute im Positiven wie im Negativen die meisten Ostdeutschen. Zu viele fühlen sich als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse und vermissen die Wahrnehmung und Anerkennung für die ostdeutsche Lebensleistung im vereinigten Deutschland. In einigen Aspekten ähnelt Ostdeutschland aber auch anderen Weltregionen, die einen wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozess erlebt haben. Dreißig Jahre nach der Deutschen Einheit ist es an der Zeit, über Ostdeutschland, die Geschichte der Wiedervereinigung und seiner Menschen neu nachzudenken.

Die letzten Jahre haben gezeigt, Ostdeutschland ist nicht nur als historische Kategorie in der politischen Diskussion weiter relevant. Den Menschen ist ihre ostdeutsche Herkunft bewusst und gerade vor dem Hintergrund der Transformation entwickelte sich eine eigene Identität und ein neues Selbstbewusstsein, einen wesentlichen Teil der deutschen Erfolgsgeschichte der letzten Jahrzehnte mitgestaltet und geprägt zu haben.

Eine kritische Historisierung der Umbruchszeit, die einerseits die Härten des Neubeginns ernst nimmt, die aber zugleich danach fragt, welche Prozesse dem Erbe der DDR geschuldet sind bzw. generell zu den Folgen revolutionärer Umbrüche gehören, ist politisch nach wie vor nötig, auch über die 30-Jahre-Feier hinaus.

Dem Mythos, dass die Treuhandanstalt ausschließlich im Auftrag der westdeutschen Industrie die DDR-Wirtschaft zerschlagen habe, ist dabei genauso zu widersprechen wie der Darstellung, der Turbo-Kapitalismus und die neoli-

beralen Strategien des Umbaus Ostdeutschlands der 1990er Jahre seien „alternativlos“ gewesen. Es muss uns um eine differenzierte Sicht gehen, die kritisch die Realitäten der 1990er Jahre rekonstruiert, nach Fehleinschätzungen, Interessenkonflikten, Machtungleichgewichten und den Folgen dieser Politik bis heute fragt und zugleich die Aufbauleistungen anerkennt.

Wir müssen zwischen Ost und West weiter unsere Geschichten erzählen. Viele Westdeutsche wissen nichts über die Umbrüche in Ostdeutschland und das Leben in der DDR und den neuen Ländern und haben sich wenig dafür interessiert. Genauso haben viele Ostdeutsche wenig Empathie gegenüber der Geschichte Westdeutschlands, gerade mit der Geschichte der Migration-, Arbeits- und Demokratiegeschichte.

WO WIR STEHEN

Wirtschaftlich steht Ostdeutschland heute auf einem deutlich stabileren Grund, als das noch vor wenigen Jahren vorhersehbar war. 30 Jahre kontinuierliche, harte und vielerorts erfolgreiche Aufbauarbeit haben sich gelohnt. Mit Stolz können wir sagen: Wir haben im wiedervereinten Deutschland vieles erreicht, wenn auch noch nicht alles geschafft. Die Bürgerinnen und Bürger in Ost und West haben gemeinsam eine große und solidarische Leistung vollbracht. Dies wird erst recht deutlich, wenn man auf den Punkt zurückblickt, von dem aus wir 1990 gestartet sind. Einige Regionen entwickelten sich prächtig, andere blieben zurück. Das BIP pro Person hat sich im Osten seit 1990 vervierfacht, die Abwanderung ist mittlerweile gestoppt.

Insgesamt hat sich die Lebensqualität verbessert, wir haben heute im Osten deutlich weniger Arbeitslose als in den 90er Jahren, vielerorts herrscht sogar akuter Fachkräftebedarf. Wir konnten eine Wissenschafts- und Forschungslandschaft etablieren, die sich international messen kann. Kultur- und Naturlandschaften wuchsen im Großen und im Kleinen.

Ostdeutschland hat nur wenige Großunternehmen. Stattdessen prägen kleine und mittlere Unternehmen bis hin zu sogenannten Solo-Selbständigen die Wirtschaft. Besonders in den ländlichen Regionen der ostdeutschen Länder werden das öffentliche und das wirtschaftliche Leben von einer Vielzahl kleiner und kleinster Unternehmen getragen, die über keine vergleichbaren Interessenvertretungen verfügen, wie dies bei großen Unternehmen oftmals der Fall ist, und die verschärft mit den Herausforderungen des beschleunigten globalisierten Wettbewerbs, der zunehmenden Digitalisierung und einem demografischen Wandel konfrontiert sind. Es bleibt die zentrale Aufgabe, Arbeitsplätze im Osten für die Zukunft zu schaffen. Daher brauchen wir einen

Innovationsschub in unserer Gesellschaft.

Vielen Ostdeutschen stecken die Jahre des massiven Umbruchs in den Knochen: Zwar haben viele von ihnen die Kompetenz erworben, mit Wandel kreativ umzugehen, aber in Ostdeutschland finden sich nach wie vor mehr Menschen aus prekären Lebensverhältnissen und neuen Mittelschichten, für die Wandel auch mit Abstiegs Erfahrungen und Sorgen verbunden ist.

Gleichzeitig wuchs eine neue Generation nach 1990 heran. Sie tritt selbstbewusster auf, auch gegenüber ihren Arbeitgebern. Sie hat die Macht, einen „Arbeitnehmerfrühling“ im Osten anzustoßen, um für höhere Löhne und Mitbestimmung zu kämpfen. Dies ist ein Kampf, den ihre Eltern und Großeltern aus Angst vor drohender oder tatsächlich erlebter Arbeitslosigkeit selten geführt haben.

Viele der jüngeren Menschen haben diese Sorgen nicht mehr, sie machen sich z.B. Sorgen um die Zukunft unseres Planeten und den Klimawandel, der auch Ostdeutschland stark betrifft. Die jüngere Generation artikuliert ihre Forderungen und macht sie sichtbar. Nicht nur deshalb ist es richtig, endlich das aktive Wahlalter bei allen Wahlen von 18 auf 16 zu senken. Einige Bundesländer, auch im Osten, sind hier bereits die ersten Schritte gegangen. Teilhabe und Beteiligung gehören für uns zusammen, gerade eine Generation, die neue Erfahrungen machen konnte und künftig schwerwiegende demografische und wirtschaftliche Herausforderungen meistern soll, muss politisch aktiviert und gehört werden.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass bei einer wachsenden Anzahl an Bürgerinnen und Bürgern die Einschätzung vorherrscht, dass das Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen immer seltener erfüllt wird, sich Fleiß und Anstrengungen nicht auszahlen.

Die nüchterne Analyse zeigt: Trotz aller politischen und wirtschaftlichen Erfolge in Deutschland konnten wir nicht in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus für ausreichend Gerechtigkeit sorgen. Die globalen Rahmenbedingungen und die weiteren großen Herausforderungen wie z.B. der Klimaschutz, verschärfen diese Situation und besorgen die Menschen.

Die Folgen der Corona-Pandemie bedrohen - wie überall - viele positive Entwicklungen. Der Bund und die ostdeutschen Länder müssen daher alles dafür tun, damit wir möglichst schnell wieder an die positive Entwicklung anknüpfen können.

Gleichzeitig kann es nicht einfach um die Rückkehr zum Status Quo vor der Krise gehen: Ostdeutschland ist nach wie vor durch eine flächendeckende

Strukturschwäche gekennzeichnet. Es bestehen weiter große strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West, bei Einkommen und Vermögen, bei den Löhnen, bei der Vertretung in den Führungsetagen von Wirtschaft und Gesellschaft, bei den Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden. In ländlichen Regionen stehen wir mit Blick auf den demographischen Wandel, die Fachkräftesicherung, Infrastrukturausbau und öffentliche Daseinsvorsorge vor großen Herausforderungen.

Bereits vor der Corona-Krise wurde das gemeinsam Erreichte in Frage gestellt bzw. rückt angesichts populistischer Debatten und bewusst verzerrter Darstellungen des politischen Streitens in den Hintergrund. Verschwörungen, das Propagieren vermeintlich einfacher Lösungen, rassistische Übergriffe und Hetze und Gewalt gegen Andersdenkende bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt unserer Demokratie gerade in ostdeutschen Dörfern und Städten und produzieren mancherorts ein Klima der Angst, auch weil die demokratische Gegenmacht häufig schwach ist. Dies alles gibt es auch in Westdeutschland, es wirkt angesichts der Schwäche der Demokratie im Osten sehr viel stärker auf die Stabilität der Demokratie. Seit 1990 versucht zudem die extreme Rechte den Frust und die Ängste in Ostdeutschland zu instrumentalisieren. Es war die SPD, welche in den letzten Jahrzehnten durch Demokratie-Programme und auf der Straße gegen den Rechtsruck und für die Stärkung der Demokratie gekämpft hat. Es ist gut, dass in den letzten Jahren unter dem Hashtag #Baseballschlägerjahre durch Kultur und Gesellschaft die rechte Gewalt seit 1990 verstärkt aufgearbeitet wird.

Unsere Antwort auf Unsicherheit und den Vorwurf bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, mit ihren Problemen nicht gehört zu werden, muss mehr Gerechtigkeit und die Stärkung der Zukunftsfestigkeit der ostdeutschen Wirtschaft sein. Wir müssen den Menschen wieder mehr die reale Erfahrung ermöglichen, dass ihr Wohlstand sicher ist, dass Menschen nicht einfach „nach unten“ abstürzen, dass sich hartes Arbeiten lohnt. Wir müssen weiter an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West arbeiten. Dazu gehören zuvorderst nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, gleiche Löhne für gleiche Arbeit und mehr als nur die bloße Existenz sichernde Renten. Wir müssen den gesamtdeutschen Aufbruch schaffen, um einen Vorsprung für Ostdeutschland zu entwickeln. Wir brauchen einen umfassenden sozialen, wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Politikansatz, der Gerechtigkeit, Sicherheit und Innovation für alle Bürgerinnen und Bürger verbindet, um immer noch bestehende strukturell nachteiligen Folgen der Deutschen Einheit zu reparieren und Ostdeutschland weiter voran zu bringen.

Die Europäische Union hat den Aufbau Ostdeutschlands in den vergangenen 30 Jahren wesentlich mit vorangebracht. Durch die EU-Osterweiterung konnten traditionelle Handelsbeziehungen zu unseren östlichen Nachbarn

gefestigt und ausgebaut werden. Wir wollen einen neuen europäischen Aufbruch, der einen engen Dialog mit unseren Nachbarn auch außerhalb der EU umfasst.

WAS ZU TUN IST

Die SPD will für Ostdeutschland ein Zukunftsprogramm für die kommenden 20 Jahre auflegen. Mit dem Programm wollen wir ein Klima von Kreativität und Innovation schaffen, Aufstiegsmöglichkeiten verbessern sowie Selbstbewusstsein und Anziehungskraft der neuen Länder stärken. Das Zukunftsprogramm soll aus drei Bestandteilen bestehen: Innovation, Gerechtigkeit und Zusammenhalt.

1. Innovation

Am Beginn des Zeitalters der digitalen Gesellschaft reichen klassische Infrastruktureinrichtungen oder Errungenschaften des sozialen Ausgleichs nicht mehr aus, um eine Region attraktiv zu machen. Wir brauchen einen nachweisbaren „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern, der Ostdeutschland von anderen Regionen positiv abhebt. Erst solch ein Entwicklungsvorsprung ermöglicht es Nachteile nicht nur auszugleichen, sondern auch neue Industrien, neue Arbeitsplätze und Menschen dauerhaft in die einzelnen Regionen zu ziehen. Deshalb setzen wir uns für nachhaltige Investitionen ein, die ganz Ostdeutschland nach vorne bringen und Arbeitsplätze der Zukunft schaffen und sichern.

Grundlage für Innovation ist eine gut funktionierende Infrastruktur. Deshalb soll der Ausbau der 5G-Netze und des breitbandigen Internets vor allem in dünn besiedelten Räumen besonders unterstützt und beschleunigt umgesetzt werden. Wir setzen uns für eine Beschleunigung bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten ein. Länder mit niedriger Bevölkerungsdichte sollen einen Zuschlag bei den Regionalisierungsmitteln erhalten, um auch dort einen dichten Regionalverkehr der Verkehrsmittel zu ermöglichen.

Um die Konkurrenzfähigkeit bei Schlüsseltechnologien wie der künstlichen Intelligenz (KI) zu erhalten, fordern wir ein milliardenschweres Investitionspaket. Damit könnte Ostdeutschland Teil eines europäischen Forschungsverbundes werden. Die Digitalisierung bietet neue Chancen für ländliche Räume. Zum einen können landwirtschaftliche Betriebe effizienter, klimafreundlicher und ressourcenschonender arbeiten und neue Vertriebswege entwickeln. Zum anderen können digitale Infrastruktur und digitale Lösun-

gen für Mobilität, Gesundheit und Verwaltung dem ländlichen Raum neue Attraktivität verleihen. Hierzu soll ein Kompetenzzentrum „Digitalisierung und ländlicher Raum“ in Ostdeutschland angesiedelt werden.

Wir treiben die Digitalisierung von Schulen und Hochschulen voran. Alle Schüler, Studenten und Lehrkräfte sollen bis 2024 in der Cloud arbeiten können. Jede Schule und Hochschule verfügt über eine Digitalstrategie und ein entsprechendes Umsetzungskonzept. Der Digitalpakt wird so ausgestattet, dass eine flächendeckende Ausstattung mit Endgeräten sichergestellt ist.

Mangels Betriebsgröße spielen private Forschung und Entwicklung in den Unternehmen Ostdeutschlands nach wie vor eine zu geringe Rolle. Deshalb sollen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen stärker als bisher steuerlich gefördert werden sowie F+E-Programmförderung gesteigert werden, um Anreize zu mehr Forschungsaktivitäten zu setzen. Deshalb setzen wir uns auch für die Ansiedlung von Forschungs- und Transfereinrichtungen, für die Stärkung der universitären und fachhochschulischen Bildungslandschaften und die Schaffung von Innovationsclustern ein.

Wir sorgen dafür, dass Ostdeutschland ein Zentrum der Elektromobilität, des autonomen Fahrens, der Entwicklung und Produktion von Speicherkapazitäten wird. Dazu sollen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten gebündelt und unterstützt werden. Wasserstoff kann ein wichtiger Energieträger der Zukunft sein, zumal er aus Überschüssen regenerativer Energien hergestellt werden kann. Deshalb muss mindestens ein Leitprojekt für Ostdeutschland im Bereich der Wasserstofftechnologie angesiedelt werden.

Wir stehen für die schnelle Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes, um neue Arbeitsplätze in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen der Lausitz und Mitteldeutschlands zu schaffen und Umrüstungsoptionen zu eröffnen. Wir wollen die Energiewende verbinden mit einer klimafreundlichen Re-Industrialisierung und einer Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe.

Wir wollen großstädtische Wachstumsregionen sowohl über Innovationskorridore untereinander als auch mit ländlichen Regionen verbinden. So beleben wir auch diese Regionen. Dazu sollen Infrastruktur-, Innovations-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik strategisch zu einer umfassenden Regional- und Strukturpolitik miteinander verknüpft werden. So kann die wirtschaftliche Dynamik von Hochschulen, großen Unternehmen und Städten in alle Regionen ausstrahlen.

Der Klimawandel bedroht unser Land, unsere Küsten, unsere Wälder. Klima schützen heißt Zukunft sichern. Unsere Aufgabe muss es sein, dass der Schutz von Umwelt, Natur und Klima zu einem Anliegen aller wird. Klima-

wandel darf das Land nicht spalten, er muss für alle bezahlbar bleiben und sozial gerecht sein.

2. Gerechtigkeit

Wir müssen die soziale Demokratie besonders in Ostdeutschland stärken. Dazu werden wir den Sozialstaat stärker sichern. Die Idee des neuen Bürgergeldes ist für Ostdeutschland elementar. Wohlstand muss auch in Krisen über einen längeren Zeitraum sicher sein und es muss zudem faire Angebote geben, sich aus eigener Kraft aus Krisen herauszuarbeiten. Dies gelingt mit einem Bonus für Weiterbildung und einem Arbeitslosengeld Q für mehr Qualifikation, mit dem Schutz für Wohnung und Erspartem sowie mit einer verlängerten Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für diejenigen, die bereits viele Arbeitsjahre hinter sich haben. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigen, wie sinnvoll es gerade für Ostdeutschland ist, den Sozialstaat neu zu denken, eine Kindergrundsicherung und eine Bürgerversicherung einzuführen.

Deshalb stehen wir auch für das Prinzip: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das Kurzarbeitergeld reichte in Ostdeutschland auch deshalb mancherorts nicht, weil man mit 60 bzw. 67 Prozent von Niedriglöhnen nur schlecht leben kann. Deswegen ist es gut, dass die SPD eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes durchgesetzt und auch über 2020 hinaus verlängert hat.

Deshalb setzen wir uns nicht nur dafür ein, dass die Lohnlücke zwischen Ost und West so schnell wie möglich geschlossen wird, sondern stärken auch Betriebsräte und Gewerkschaften: Eine Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden soll nur noch bei Tarifbindung möglich sein. Öffentliche Aufträge und Förderungen knüpfen wir an Sozialstandards und tarifliche Bezahlung.

Erforderlich ist auch, den Mindestlohn auf perspektivisch 12 Euro anzuheben – nur so sichert er eine auskömmliche Rente im Alter ab. Weil in den vergangenen Jahrzehnten die Arbeitslosigkeit besonders hoch und die Löhne niedrig waren, bekommen besonders viele Menschen, die in Ostdeutschland in den nächsten Jahren in Rente gehen, nur eine niedrige Rente. Deshalb ist die Einführung der Grundrente für uns ein großer Erfolg – sie ist gerade in Ostdeutschland für viele Menschen nicht nur eine existenzsichernde Rente, sondern auch Anerkennung für 30 Jahre Aufbauleistung unter widrigen Bedingungen. Wir werden nicht nur die Grundrente perspektivisch weiter entwickeln, sondern auch die bestehenden Ungleichheiten im Rentenrecht beseitigen. Die Bewältigung der Corona-Pandemie braucht einen aktiven Staat und eine kompetente Verwaltung. Die neu dazu gewonnene Wertschätzung vieler Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen für staatliche Handlungsfähigkeit bietet die Chance, gesellschaftliche Ungleichheiten weiter abzubauen.

Engagiert sich der Staat heute wieder stärker als Mitgesellschafter oder über

Hilfspakete gilt dabei das Prinzip, dass auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler) etwas davon haben müssen – und dadurch Ungleichheit in Deutschland reduziert wird. Deshalb sollen zum Beispiel Modelle der Genossenschaft und Mitarbeiterbeteiligungen stärker genutzt werden, um so Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker am Eigentum zu beteiligen.

Wir werden die Interessen Ostdeutschlands in der Frage der Bezahlung der Kosten der Corona-Krise deutlich machen. Aus unserer Sicht kann dies nicht auf dem Rücken der kleinen und mittleren Einkommen ausgetragen werden.

3. Zusammenhalt

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland fallen nicht vom Himmel. Um dem Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse näher zu kommen, brauchen wir neue Instrumente. Eine wachsende wirtschaftliche, soziale und damit letztlich demokratische Diskrepanz widerspricht auch dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Wachstumsregionen müssen – aus wohl verstandenem Eigeninteresse – selbst darauf aus sein, Wachstum zu kanalisieren und Erfolge auch in anderen Regionen zu ermöglichen. Es muss darum gehen, Wachstums- und Aufstiegchancen für alle zu ermöglichen. Dazu wollen wir die strukturellen Ausgangsbedingungen, aber auch die Ausgleichsmechanismen zwischen Bund und Ländern weiterentwickeln.

In allen Bundesländern gibt es heute sowohl urbane Wachstumszonen als auch periphere ländliche Räume. Bei Bundesprogrammen muss künftig erstens genauer auf die kommunale Ebene geachtet werden – um so besser auf unterschiedliche Lebensbedingungen reagieren zu können. Zweitens muss stärker auf die Unterstützungsbedürftigkeit abgestellt werden. Es ist einfacher, öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur in wachsenden Regionen zu schaffen, als sie in schrumpfenden oder dünn besiedelten zu unterhalten – gerade diese Regionen bedürfen deshalb besonderer Unterstützung. Und drittens müssen Ausgleichsmechanismen aktivierend, vorsorgend und investierend sein. Nur so kann sich die Schere zwischen „ärmeren“ und „reicherer“ Regionen wirklich schließen – Ostdeutschland kann davon besonders profitieren. Dünn besiedelte Regionen sollen bei der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur daher einen Bonus bekommen. Das gilt für die Unterhaltung und Finanzierung von Krankenhäusern, genauso wie von Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, öffentlichem Nahverkehr sowie dem Ausbau digitaler Infrastruktur oder des kulturellen Angebots. Auch bei der Beurteilung von wichtigen Verkehrsprojekten muss es beim Kosten-Nutzen-Faktor einen Bonus für dünn besiedelte Regionen geben. Auch Regionen mit überdurch-

schnittlich vielen jungen und älteren Bürgerinnen und Bürgern bekommen einen Bonus, da sowohl die Jüngeren als auch die Älteren stärker auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind. Darüber hinaus erhalten diejenigen Landes- und Kommunalverwaltungen einen Bonus, die Programme besonders schnell und effizient umsetzen.

Wir sehen mit Sorge die Zunahme von Extremismus, Hass und Gewalt. Wir wollen einen wehrhaften Staat und lehnen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. Ausgrenzung von Minderheiten und Rassismus ist menschenverachtend und schadet Ostdeutschland. Deshalb brauchen wir eine entschlossene Initiative für mehr politische Bildung entlang der gesamten Bildungskette – angefangen von den Kitas, über Politikunterricht und Medienbildung an allen Schulformen, über die Hochschulen bis hin zur Erwachsenenbildung.

Gleichzeitig müssen die staatlichen Sicherheitsorgane in ihren Funktionen so gestärkt werden, dass sie einerseits befähigt werden den wehrhaften Staat auch durchzusetzen und andererseits demokratisch und offen mit eigenen Schwachstellen umgehen.

30 Jahre nach der Deutschen Einheit müssen wir unsere demokratische Ordnung in Ostdeutschland neu beleben. Die Unterstützung in die Demokratie und die Bereitschaft sich zu beteiligen ist in Ostdeutschland geringer ausgeprägt. Wir brauchen einen echten demokratischen Aufbruch und eine gesellschaftliche progressive Bewegung im Osten, die selbstbewusst als Ostdeutsche die Demokratie und die Erfolge der Vergangenheit verteidigt sowie für mehr Gerechtigkeit und Solidarität für und im Osten kämpft. Wir unterstützen daher das Engagement von Initiativen, die sich ebenfalls diesen Zielen verpflichtet fühlen.

Die Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Überall dort, wo sie gemeinsam und aktiv ihr Zusammenleben gestalten, entsteht ganz automatisch politischer Wille und Wehrhaftigkeit gegenüber den Feinden unserer Demokratie. Der Schlüssel für die politische Mobilisierung demokratischer Strukturen liegt vor allem auch in der Stärkung der lokalen Demokratie insgesamt: neues Engagement – ganz gleich, ob für den örtlichen Kulturverein, für das soziale Miteinander im Quartier, die freiwillige Feuerwehr oder den Sport - in und für die Gemeinden schafft die Basis, dass sich dann die Bürgerinnen und Bürger wieder für Parteien, betriebliche Mitbestimmung und zivilgesellschaftliche Organisationen stärker interessieren und sich für sie entscheiden.

Für einen solchen zivilgesellschaftlichen, demokratischen Aufbruch fordern wir in jedem Ort die Einführung von Bürgerbudgets: Bewusst in Ergänzung parlamentarischer Strukturen und nicht in Konkurrenz. Ein solches Bürger-

budget, über die Bürgerinnen und Bürger mit ihren eigenen Ideen bestimmen können, erhält jede Kommune mit mehr als 1.000 Einwohnern. Einzige Voraussetzung ist, dass die Projekte der Allgemeinheit nutzen, die Bürger einen Eigenanteil am Vorhaben darlegen und das Projekt eine bestimmte Unterstützeranzahl findet. Gerade im Osten gibt es hier viele gelungene Beispiele für eine solche Beteiligung.

Die deutliche Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in den meisten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen gilt es dreißig Jahre nach der Deutschen Einheit zu beenden. Dazu ist jetzt auch die Chance: Im Osten steht in Führungspositionen von Politik, Unternehmen und Verbänden vielerorts ein Generationswechsel an, den wir nutzen sollten, um mehr Ostdeutschen Führungsverantwortung zu übertragen. Um mehr Menschen mit ostdeutschem Hintergrund in den Führungsebenen der Institutionen zu verankern, fordern wir daher eine Selbstverpflichtung von Politik, Medien, Wirtschaft, Verbänden und Justiz. Der oder die Ost-Beauftragte der Bundesregierung soll in seinem jährlichen Bericht über Fortschritte in diesem Bereich berichten. Darüber hinaus gilt aber auch: Jenseits der Eliten sind informelle Netzwerke von hoher Bedeutung. Sie können sowohl Selbstbewusstsein schaffen, Erfahrungsaustausch und Unterstützung bieten, als auch zusätzliche Qualifikationen vermitteln. Regionale und überregionale Netzwerke, Führungsakademien und Mentorenprogramme, nicht nur für Studenten und Berufsanfänger, sollen deshalb finanziell unterstützt werden.

Wir wollen die Debatte um das Zusammenwachsen Deutschlands weiterführen. Dabei geht es darum, ost- und westdeutsche Erfahrungen zu sammeln, Transformationsforschung auszubauen, Lebensleistungen zu würdigen und mehr Begegnungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Deshalb befürworten wir die Errichtung eines „Instituts für Transformation und Aufbau Ost“ in Ostdeutschland, um die Erfolge der Wiedervereinigung zu würdigen, aber auch eine zeitgenössische, differenzierte und kritische Aufarbeitung der letzten Jahrzehnte zu ermöglichen und öffentliche Debatten zu führen, wie man Zusammenhalt und Chancengleichheit für Region in Transformationsgesellschaften sichern kann.

Ostdeutschland wird als Region nur erfolgreich sein, wenn es für Kreativität und Weltoffenheit, für Forschergeist und Neugier steht. Für uns ist Ostdeutschland eine Region, die Talente und Unternehmen anzieht und willkommen heißt. Nur so können Wachstum und Innovation, Arbeitsplätze und Perspektiven gedeihen. Deshalb bekämpfen wir auch jede Form von Fremdenhass und Rassismus. Wir wollen Demokratieprojekte dauerhaft unterstützen, stehen für eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und werden zivilgesellschaftliches Engagement noch stärker unterstützen.

VORSPRUNG OST

Wir wollen zu einem neuen „Aufbruch Ost“ ansetzen. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen deshalb auch Aufstiegschancen und das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Alle Menschen in Deutschland sollen ähnliche Lebenschancen haben. Sie müssen die Möglichkeit zu wirtschaftlicher und sozialer Entfaltung haben, sie müssen die Bedingungen vorfinden, um ein gutes Leben führen zu können. Deshalb ist es unser Ziel, strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West, die es immer noch gibt, zu beseitigen. Mit einem neuen Aufbruch für Ostdeutschland.

Unser Ziel ist es, mittels Investitionen in innovative Technologien, in Bildung und Forschung, in Internationalität und stabile nachbarschaftliche Partnerschaften neue Zukunftsfelder für Ostdeutschland zu erschließen und so einen „Vorsprung“ im Wettbewerb der Regionen zu schaffen. Es geht uns darum, Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen und neue Perspektiven für die Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern aufzuzeigen.